



Kraftakt möglichst verträglich, maßvoll und gerecht umsetzen

HSGB zur Unterbringung von Geflüchteten

Die äußerst angespannte Lage

Mit der Ukraine ist ein großes und einwohnerstarkes Land in direkter Nachbarschaft zur Europäischen Union brutal überfallen worden. Millionen Menschen sind auf der Flucht, auch nach Deutschland. Die Städte, Gemeinden und Landkreise in Hessen haben in sehr kurzer Zeit sehr viele Menschen untergebracht, höhere Zuweisungen sind für die kommenden Monate angekündigt. In Hessen waren es von Januar bis Oktober fast 93.000 Menschen (zum Vergleich: im bisherigen „Rekordjahr“ 2015 rund 55.000 Menschen im Vergleichszeitraum).

Einschränkungen bei gewohnten Standards und Leistungen werden sich in dieser extrem angespannten Situation nicht vermeiden lassen. Denn die eine große Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung wirkt sich auf viele Bereiche des alltäglichen Lebens aus und nimmt viele Kapazitäten in allen Verwaltungsbereichen der Städte, Gemeinden und Landkreise in Anspruch. Das ist zunehmend ein Thema auch in den Medien.



Herausgeber:



HSGB

HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND

**Hessischer Städte-
und Gemeindebund e.V.**

Harald Semler · Johannes Heger
Dr. David Rauber

Henri-Dunant-Straße 13
63165 Mühlheim am Main
Telefon 06108 6001-0

hsgb@hsgb.de · www.hsgb.de

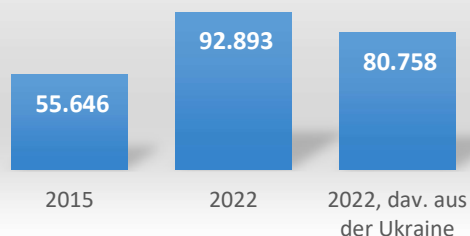
Schaubild und Screenshot: HSGB

Unser Ziel auf der kommunalen Ebene und die immer schwierigere Umsetzung

Städte, Gemeinden und Landkreise streben in der alltäglichen Praxis an, dass dieser Kraftakt so verträglich wie möglich ausgeführt wird – für die Bevölkerung vor Ort genauso wie für die Ankommenden. Deshalb streben die Kommunen normalerweise meist eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen an. Das ist angesichts der seit Jahren in vielen Teilen Hessens stark angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt sehr schwierig und wird immer schwieriger.

Aufgenommene Geflüchtete in Hessen Januar-Oktober

(eigene Darstellung auf Grundlage von Daten
des HR/HMdIS)



Zunehmend Notlösungen

Wohnungen und dezentrale Unterbringung sind aber vielerorts kaum mehr zu machen, so dass



HSGB

HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND



bereits jetzt und absehbar noch mehr auf Unterkünfte etwa in leer stehenden Heimen, Pensionen, Hotels, Containerlösungen oder auch Belegung von Sporthallen ausgewichen werden muss. In Rathäusern und Landratsämtern weiß man vielerorts trotz seit Monaten großen Engagements nicht mehr: Wohin mit den Leuten?

Gleichmäßige Verteilung

Der große Kraftakt mit allen seinen Folgen findet noch am ehesten auf Dauer Akzeptanz, wenn klar ist, dass alle ihren angemessenen Beitrag leisten. Innerhalb der Europäischen Union muss daher klar sein, dass Schutzsuchende trotz Einreise über sichere Drittstaaten nicht erst und allein in Deutschland und einigen wenigen anderen EU-Ländern Schutz finden. Innerhalb Deutschlands dürfen sich nicht einzelne Länder aus der Aufnahmepflicht zurückziehen. Und auch im Land ist die gleichmäßige Verteilung deshalb dauerhaft sicherzustellen.

Finanzielle Belastungen der Kommunen voll ausgleichen

Die Unterbringung von Geflüchteten ist ohne die Kommunen nicht umzusetzen. Das bedeutet aber eine enorme gesellschaftliche, organisatorische und finanzielle Belastung. Daher müssen Bund und Land wenigstens die finanziellen Belastungen voll ausgleichen. Das gilt nicht allein für die Aufgabe der reinen Unterbringung, sondern auch für die vielfältigen Leistungen der Städte und Gemeinden rund um soziale Betreuung, Integration und Organisation. Die Aufsichtsbehörden müssen das kommunale Haushaltsrecht flexibel anwenden, damit die Kommunen jeweils rasch das Nötige tun können.

Sozialleistungsniveau

Die soziale Unterstützung für Geflüchtete darf nicht so hoch sein, dass Deutschland als Zufluchtsort allein deshalb attraktiver als die anderen europäischen Länder ist.

Unterbringung auch durch Bund und Land

Bund und Land sollten ebenfalls zusätzliche Unterkünfte zur Verfügung stellen, um den Aufnahmepressure auf die Kommunen zu verringern.

Realismus und Standardstopp

Die aktuelle Situation ist gesellschaftlich, aber auch und gerade bei der Erfüllung der anderen kommunalen Aufgaben äußerst angespannt. In den Städten und Gemeinden sind aktuell mehr oder weniger alle Fachbereiche mit Aufgaben der Flüchtlingsunterbringung befasst. Deshalb dürfen auf absehbare Zeit keine zusätzlichen Aufgaben und Anforderungen an die Kommunen gestellt werden. Nötig sind viel mehr Realismus und ein wirksamer Standardstopp.

Flexibilität bei Bau- und Planungsvorgaben

In allen Landesteilen wird zusätzlicher Wohnraum benötigt. Allein im Bestand, z.B. mit der Wiederbelebung von verbliebenen Leerständen, ist dieses Problem nicht zu lösen. Daher sollten die Vorgaben, wo zusätzliche Flächen entwickelt werden können, flexibel und anpassungsfähig gehalten werden, v.a. in Landes- und Regionalplanung.



Nicht zuletzt dank unflexibler Personalstandards klappt das nicht überall

Kinderbetreuung sicherstellen

Die Zahl der Kinder unter sechs Jahre ist in Hessen in den zurückliegenden Jahren ohnehin stark gestiegen. Vielerorts bestehen umfangreiche Wartelisten für die Kita-Aufnahme. Kann der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nicht erfüllt werden, kommen Schadensersatzansprüche der Eltern gegen den jeweiligen Jugendhilfeträger in Betracht. Durch den Zuzug vieler Geflüchteter mit Kindern wächst der Bedarf nach Kita-Plätzen weiter. Daher müssen die Standards bei Personalausstattung und Gruppengrößen in Kitas auch in Hessen deutlich gelockert werden und die Mitarbeit von Nicht-Fachkräften in den Kitas unter Anrechnung auf den Personalstandard ermöglicht werden. Auch sollten die Grenzen für die Betriebserlaubnispflicht angehoben werden.